

20

# Siebenunddreißig Artikel.

Als Petition

der

## Gewerbetreibenden

in

### Frankfurt a. O.

Dem Ministerio für Handel und Gewerbe, sowie  
der National-Versammlung in Berlin

übersandt

im August 1848.

*h. Freyhold an h. Odes*

---

Frankfurt a. O.

Bei Rosch & Comp.

1848.





7  
1

In der Versammlung der selbstständigen Handwerker der Stadt Frankfurt a. O. am 17. Juli ist der Druck der nachstehenden Petition beschlossen worden. Die Gründe, welche uns zu diesem Beschlusse führten, sind folgende:

Zuvörderst wollen wir allen unsern Mitbürgern offen darlegen, wohin unser Streben gerichtet ist, wir wollen damit der Anschuldigung entgegentreten, als erstrebten wir gesetzliche Bestimmungen, welche Unmöglichkeiten sind.

Dann aber wenden wir uns mit dieser Schrift an unsere Brüder im Handwerk in der Nähe und Ferne.

Schon in vielen Städten sind uns die vereinigten Handwerker vorangegangen, auch einzelne Gewerke unserer Stadt haben schon Schritte gethan, um ihre gesunkenen und herabgedrückten Gewerbe wieder aufzuhelfen, aber wir sind überzeugt, daß auch in vielen Städten von den Handwerkern noch nichts gethan worden ist, und gerade an diese wenden wir uns vorzüglich. Versammelt Euch, wie wir und Andere, zur Berathung Eurer gemeinsamen Interessen, laßt die Sonderinteressen aufgehen in der Begeisterung für das Gemeinwohl, denn nur Einigkeit macht stark, und laßt die Forderungen des Handwerks, auch durch Eure Stimmen verstärkt, zu den Männern dringen, welche das Ruder der Staaten in den Händen haben.

Seit Jahrhunderten haben unbarmherzige Menschen dem Handwerker zugerufen: Arbeite, ohne Ruh, ohne Rast! — Deine für Alle fruchtbare Arbeit wird nur für Dich allein unfruchtbar sein. Abends, wenn Du Dich auf Dein hartes Lager niederlegst, wirfst Du der Ruhe und dem Glücke nicht näher sein, als Du es am Tage vorher warst, da Du Dein Tagewerk beschloßest; Dein Lohn wird nur genügen, Dein Leben voll Schmerz, Entbehrung und Elend zu fristen.

Aber die Zeit ist gekommen, da der moderne Sklave erlöst werden soll. Darum auf, Brüder! denn jetzt ist der Zeitpunkt dazu da, wer weiß, wann er wiederkehrt, wenn Ihr ihn jetzt vorübergehen laßt. Legt selbst Hand an's Werk, damit das eine Wahrheit werde, was Ihr früher geneigt waret, in das Gebiet stiller Wünsche zu verweisen. Und sollten auch wir die Früchte von dem Keim, den wir gegenwärtig pflanzen, nicht zur Erndte reifen sehen, so wollen wir zufrieden sein, wenn wir nur die Zukunft voraussehen, wo unsere Kinder einst wieder in Selbstzufriedenheit sagen können:

„Das Handwerk hat doch einen goldenen Boden.“

### **Das Comité.**

Schönke. Märten. Bone. Timmeroth. Lehmann.

In einer Reihe von Versammlungen haben wir 612 unterzeichnete, selbstständige Handwerker Frankfurts alle die Mängel erwo-gen, welche unseren Stand so sehr drücken und die tiefe Gefunkenheit aller gewerblichen Verhältnisse größtentheils in der zur Zügellosigkeit ausgearteten Gewerbefreiheit erkannt. Mit fester Zuversicht erwarten wir bei der Neugestaltung der Geseze, daß auch unsere Interessen wahrgenommen und geregelt werden. Damit dies um so erspriesslicher geschähe, faßten wir den Beschluß, selbst Hand an's Werk zu legen, unsere Wünsche in dem Nachstehenden zusammenzufassen und der größeren Uebersichtlichkeit wegen in verschiedenen Abtheilungen zu behandeln und der National-Versammlung, sowie dem Ministerio für Handel und Gewerbe zu überreichen.

## **Erste Abtheilung.**

### **Von der Concurrnz.**

Der bisherige Zustand der Gewerbefreiheit, man könnte wohl sagen der Gewerbezügelloigkeit hat eine Concurrnz herbeigeführt, gegen welche Muth und Fleiß vergebens ankämpfen, wenn nicht das Kapital dem Handwerker zu Gebote steht. Diese Concurrnz aber ist eine dreifache:

- 1) die der Handwerker unter sich, indem die Zahl der selbstständig als Meister Arbeitenden schon zu groß ist und sich dennoch täglich mehrt;
- 2) die mit dem Handel, indem wir gegen diesen und die Fabriken anzukämpfen haben; und endlich
- 3) die durch den Staat, indem dieser durch Strafanstalten, Handwerks-Compagnien, Militair-Commissionen xc. uns eine Concurrnz schafft, der ganze Gewerke nothwendig unterliegen müssen.

### 1. Von der Concurrenz der Handwerker unter sich.

Eine hauptsächlichliche Ursache zum Verfall unseres Standes ist die, daß die Verechtigung zur Ausübung eines Handwerks an gar keine Bedingungen geknüpft war. Wir erleben es täglich, daß junge Leute, welche oftmals ihre Lehrzeit noch nicht einmal überstanden haben, sondern aus der Lehre entlaufen sind, das Bürgerrecht erwerben, selbstständig den Betrieb eines Geschäftes beginnen, sich verheirathen und so dem Elende eine anwachsende Familie entgegenführen. Aber nicht für sie allein, auch für das Handwerk ist dies im hohen Grade verderblich. Denn erstens wird durch solche Leute, da sie die nöthige Ausbildung in ihrem Handwerke nicht erlangt haben, meistens Pfuschwerk geliefert und der Ruf der soliden Innungsgeossen geschmälert. Zweitens müssen sie, um nur Arbeit und dadurch den nöthigen Lebensunterhalt zu haben, die Preise unverantwortlich herabdrücken; drittens aber verwandeln sie sich, nachdem sie ihre Meisterrolle nur zu bald ausgespielt haben, in Tagelöhner, die im Dienste der Fabrikanten und Magazinhalter von neuem unsern Erwerb schmälern.

Die neue Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 verordnet zwar auch schon eine Meisterprüfung, allein diese wird nach §. 166. nur für solche erfordert, welche befähigt sein sollen „sowohl für die Aufnahme in eine Innung, als für die Annahme von Lehrlingen.“ Wir verkennen nicht, daß die Regierung durch die Bestimmungen der neuen Gewerbeordnung dem gänzlichen Verfall des Handwerks hat entgegengetreten wollen, allein einmal ist die Verordnung zur Bildung von Prüfungs-Commissionen erst vor nicht gar langer Zeit, also nach drei Jahren erschienen und theilweis wohl noch gar nicht in's Leben getreten, und dann sind diese Bestimmungen auch ganz unwesentlich, so lange auch jeder Unfähige für sich und sogar auch mit Gesellen arbeiten darf.

Im ganzen Staate sehen wir die Befugniß, eine würdige und unabhängige Bürgerstellung einzunehmen, einerseits an eine geregelte Vorbereitung, anderseits an vorgeschriebene Prüfungen geknüpft. Wir glauben für unseren Stand dasselbe verlangen zu dürfen. Wie man aber eine jede Sache stets beim Anfange am Besten anfängt, so müßte dies gleich auf der untersten Stufe der Vorbereitung beginnen. Schon dem Lehrlinge muß eine gute

Unterweisung zugesichert werden, und er darf nicht durch bloßes Ueberstehen seiner Lehrzeit zum Gesellen berechtigt sein. Wir erbitten daher folgende Bestimmungen:

1. Jeder Meister darf nur einen Lehrling halten und den zweiten erst dann annehmen, wenn der erste schon im letzten Jahre seiner Lehrzeit steht.

Durch dieses Gesetz würde dem Andränge zu unserem Stande ein Damm gesetzt und dem Lehrlinge gute Aufsicht des Meisters gesichert.

Damit aber auch der Meister genöthigt werde, den Lehrling gewissenhaft und gründlich im Handwerke zu unterweisen, damit ferner der Lehrling angespornt werde, mit aller Kraft dahin zu streben, etwas Tüchtiges zu lernen, beantragen wir ferner:

2. Es soll jeder Lehrling am Ende seiner Lehrzeit vor dem, in einem späteren Artikel zu bestimmenden Gerichte eine Prüfung ablegen, die hauptsächlich in Anfertigung eines sogenannten Gesellenstücks besteht.
3. Wenn ein Lehrling seine Prüfung nicht besteht, so soll derselbe gehalten sein, je nach der Entscheidung des Gerichts, noch 3 oder 6 Monate zu lernen.
4. Dieses Gericht hat auch darüber zu urtheilen, ob der Meister seiner Lehrpflicht ehrenhaft und vollständig nachgekommen ist.

Bestimmungen über die Länge der Lehrzeit und über die Maaßnahmen bei solchen Gewerben, die keine Prüfungen zulassen, würden in den Innungsstatuten aufzunehmen sein, wobei sie, durch die Genehmigung des Ministerii ebenfalls Gesetzeskraft erhielten.

---

Wir kommen zum Stande der Gesellen. Bisher machten diese, direkt und indirekt, fortwährend Eingriffe in unseren Erwerb. Direkt, indem ihnen von Meistern Arbeitscheine gegeben wurden, unter deren Schutze sie selbstständig für sich arbeiteten und dadurch unsern Erwerb schmälerten, weil sie uns nicht nur die Arbeit nahmen, sondern auch den Preis derselben herabdrückten, da sie schon

deshalb billiger arbeiten konnten, weil sie keine Abgaben zu tragen hatten; indirekt, indem sie bei Nichtmeistern oder bei Meistern von anderen Handwerken Arbeit nahmen. So beklagen sich die mitunterzeichneten Maler und Anstreicher, daß ihr Erwerb durch Maurergefellen geschmälert wird; die Dachdecker, daß Gesellen ihres Handwerks von Maurermeistern beschäftigt werden; die Korbmacher, daß Stuhlflechterei durch andere Leute betrieben wird. Kaufleute, Fabrikanten, Brauer und Kaldbrennereibesitzer halten sich Wöttchergesellen; Buchhändler beschäftigen Buchbindergefallen u. s. w.

Wir erbitten daher folgendes Gesetz:

5. Es darf Niemand, der nicht selbst erwiesener Meister ist, Handwerksarbeit durch Gesellen anfertigen lassen, sondern es hat jeder Arbeitsgeber nur erwiesene Meister anzunehmen.

Was nun die Ausbildung des Gesellen betrifft, so sind wir der Ansicht, daß im Allgemeinen nur wenige Gesellen vor dem vollendeten 25. Jahre Kenntniß und Geschicklichkeit in dem Grade besitzen, um wackere Meister zu werden.

Wir bitten daher:

6. Es möge hinfort keinem Gesellen vor zurückgelegtem 25. Jahre das Eintreten in den Meisterstand gestattet sein. Den Communalbehörden aber werde es zur Pflicht gemacht, dem Handwerker das Bürgerrecht nur dann zu ertheilen, wenn derselbe die Älteste seiner bestandenen Meisterprüfung beigebracht hat.

Indem wir dieses fordern, können wir aber auch nicht umhin unsere dringende Fürbitte für den Gesellenstand einzulegen.

Unstreitig ist eins der wichtigsten Bildungsmittel für den jungen Handwerker das Wandern. Bisher wurde jedoch dasselbe dem Handwerksburschen erschwert, theils durch Verbot über den Besuch politisch verdächtiger Länder, theils durch Unterjagung des Wanderns nach Vollendung eines bestimmten Lebensjahres, vor Allem aber dadurch, daß man Militairpflichtige vielfach darin beschränkte. Denn wer bei der Stellung für zeitig unbrauchbar erklärt wurde, erhielt, wenn er wandern wollte, einen Paß auf ein

Jahr im Inlande; wurde bei der zweiten Stellung eine gleiche Erklärung gegeben, so wiederholte sich der einjährige Inlandspaf, und so fort, bis er entweder bei jeder Stellung für unbrauchbar erklärt, oder aber Soldat geworden war. Wollte dann noch Dieser oder Jener einen Auslandspaf auf mehrere Jahre haben, so trat entweder die Bestimmung, daß nach zurückgelegtem 30. Jahre kein Geselle mehr wandern darf, oder aber die andern, nach welchen die Wanderzeit auf fünf Jahre beschränkt ist, entgegen, und was hat der Handwerksbursche dann von seinem Wandern gehabt? Er hat sich fünf Jahre im Inlande umhergetrieben, ist vielleicht wenn das Glück ihm, hinsichtlich des Erhaltens von Arbeit, nicht günstig war, fünfmal an demselben Orte gewesen, während sich ihm, wenn diese Bestimmungen nicht waren, Gelegenheit eröffnete, in den Städten des Auslandes, wo sein Geschäft besonders blüht, zu arbeiten und nützliche Kenntnisse zu sammeln.

Alsdann erheben wir aus eigener Erfahrung unsere Beschwerde gegen die rohe, brutale, oft nicht zu rechtfertigende Behandlung, welche der Wanderbursche in unzähligen Fällen von Seiten der Behörden, namentlich der Polizeibehörden, zu erleiden hat, wenn er entweder gar nicht, oder doch nur aus Unkenntniß der Lokalgesetzgebung gefehlt, ja oft nur sein gutes Recht gefordert hat. Es sind Fälle vorgekommen, in denen die unveräußerlichsten Bürgerrechte mit Füßen getreten wurden, in denen die Gesellen bei den Handhabern des Gesetzes eine kaum menschliche Behandlung gefunden haben.

Die gleiche Klage bezieht sich auf die Verlässenheit, welcher der reisende Handwerker im Auslande fast immer sich Preis gegeben sieht, sobald er Schutz und Hülfe von den Beamten seines Staates, von Gesandten und Consuln, zu fordern kommt. Wir verlangen für den Gesellen das Recht jedes höher gestellten Staatsbürgers, sich überall in seinem Rechte gesichert zu finden, und hoffen, daß wie vor dem Gesetze alle Stände gleich sind, auch hier kein Unterschied gemacht werde.

Unsere Bitte lautet demnach dahin:

7. Es möge, mit Abschaffung aller entgegenstehenden Beschränkungen, jedem Gesellen das Wandern freigegeben, und ihm dazu wenigstens eine ununterbrochene Frist von 3 Jahren verwilligt werden,

gleichviel ob er seiner Militär-Pflicht schon genügt hat, oder nicht. Es möge aber auch derselbe im In- und Auslande der Beamtenwillkühr gegenüber weit entschlossener, als bisher, vom Gesetze sich beschützt finden.

---

Der Stand der Meister endlich wird vor Allem darauf sehen müssen, daß die Zahl der ihm Angehörenden sich nicht in's Maaflose vermehre.

Es sind in Beziehung hierauf verschiedene sehr scharfe Anträge gestellt worden. So gingen zwei dahin, die Meister auf eine bestimmte Zahl zu beschränken. Ein anderer Antrag verlangte, daß Derjenige, welcher Meister werden wolle, ein Kapital von 100 Rthlr. nachweise, noch ein anderer gar, daß dieses Kapital 600 Rthlr. betrage. Es schien uns aber nicht billig, solche das Meisterwerden erschwerenden Bestimmungen aufzustellen, denn wir wollen nicht, daß das alte Zunftwesen wieder hergestellt werde, daß viele leicht geschickte Arbeiter durch solche Bestimmungen verhindert würden, jemals selbstständige Meister zu werden, wir wollen vielmehr daß dieses Meisterwerden einem Jeden nach Möglichkeit erleichtert werde. Um aber der maaflosen Vermehrung der Meister entgegenzutreten, verlangen wir:

8. Die Bildung von Innungen, wie solche im Tit. VI. der Gewerbeordnung vom 17. Jan. 1845 angeregt sind, jedoch mit der Bestimmung, daß alle Meister denselben beitreten müssen, daß kein Meister außerhalb derselben stehen darf, die sogenannten Patenter also gänzlich aufhören.

Den Mitgliedern der schon bestehenden Innungen würde es hierbei besonders zur Pflicht zu machen sein, daß sie ihre jetzt außerhalb der Innung stehenden Handwerksgeossen ohne Meisterstück und mit möglichst wenigen, vielleicht ohne alle Kosten, in dieselben aufnehmen. Wir glauben, daß die Anfertigung eines Meisterstückes darum nicht verlangt werden darf, weil der vielleicht nicht ganz dazu Befähigte, aber schon längere Zeit etablierte Meister, doch nicht ausgeschlossen werden kann, wenn einmal gesetzlich feststeht,

daß kein Meister außer der Innung stehen darf; es würde also das Machen eines Meistersstücks eine leere Förmlichkeit sein.

Da es aber gegenwärtig auch Leute giebt, die Handwerke betreiben, ohne dieselben gelernt zu haben, solche aber doch nicht gezwungen werden können, zu einem anderen Nahrungswege überzugehen, so beantragen wir:

9. Leute, welche gegenwärtig Handwerke betreiben, ohne diese gelernt zu haben, sollen für jetzt zwar in die Innungen aufgenommen werden, ihnen aber nicht gestattet sein, Lehrlinge anzunehmen, da nicht zu erwarten ist, daß diese ihre gehörige Bildung erhalten.

Bei dem Eintritt eines Meisters in die schon bestehenden Innungen sind bisher verschiedene Gebühren erhoben worden, welche uns theils zu hoch, theils durch nichts, als durch die lange Zeit ihres Bestehens gerechtfertigt erscheinen. Wir bitten daher:

10. Es mögen die Gebührensätze möglichst niedrig gestellt, solche Gebühren aber, welche bisher unter dem Namen „Wachsgeld“ u. dergl. mehr für die Kirchen erhoben worden sind, gänzlich abgeschafft werden.

Es verbleibt hier noch ein Punkt, die Niederlassung Auswärtiger betreffend, näher in's Auge gefaßt zu werden. Obwohl hervorgehoben wurde, daß es Staaten und Städte gebe, welche engherzig die Meisteransiedelung nicht Einheimischer ausließen, so faßten wir doch einstimmig den Beschluß:

11. Jeder Heimaths- und Vaterlandszwang möge im Allgemeinen wegfallen; mit aller Kraft aber möge er als Gegendruck geübt werden gegen solche Staaten, die dem Grundsatz der freien Ansiedelung entgegenstehen. Wir wollen keine Aufhebung der Konkurrenz, aber wir wollen tüchtige Konkurrenten haben. Wir begnügen uns daher mit folgenden Anträgen:

12. Um Meister zu werden, soll der mindestens 25jährige Geselle eine Prüfung vor dem unten näher

bestimmten Gerichte ablegen, welche sowohl auf seine theoretischen Kenntnisse, als auch durch Vorlegung eines sogenannten Meisterstücks, auf seine technische Geschicklichkeit Bezug hat.

Wir glauben, daß hier der rechte Ort ist, eines blöherigen Uebelstandes zu erwähnen. Es wurde bisher von einem Jedem, der sich, Behufs der Uebernahme eines Staatsdienstes, als Baumeister, Bauinspektor u., einer Prüfung unterziehen wollte, ein Realschul-, ein Gymnasial- oder Universitätszeugniß verlangt. Es scheint uns nicht gerecht, daß Jemand, der sonst praktisch befähigt ist, einem solchen Amte vorzustehen, nur deshalb von der Prüfung, also auch von der Erlangung dieses Amtes ausgeschlossen sein soll, weil er eins jener Zeugnisse nicht beibringen kann. Daher bitten wir:

13. Examina für die Befähigung zur Uebernahme eines Staatsdienstes, mögen nicht mehr von Schulzeugnissen abhängig gemacht werden.

Von den Punkten 6. und 12. wünschen wir jedoch, dem Gefühl der Billigkeit gehorchend, bei den Wittwen und Waisen unseres Standes Ausnahmen eintreten zu lassen.

Wir sehen voraus, daß die Meisters Wittve, die wir in der Fortsetzung ihres Geschäfts durchaus nicht behindern wollen, manchmal auf einen Gesellen, der längere Zeit in der Werkstatt gearbeitet hat und genaue Kenntniß des Geschäfts besitzt, ein besonderes Vertrauen setzen wird, wenngleich dieser Geselle das gesetzliche Alter der Meisterschaft noch nicht erreicht hat.

Ebenso scheint es billig, dem jungen Meisterssohn, wenn er unerwachsene Geschwister zu ernähren hat, die bisherige Nahrungsquelle offen zu lassen, vorausgesetzt, daß er einige Gewähr dafür leistet, er werde später auch wirklich als tüchtiger Mann in das väterliche Geschäft eintreten.

Diese Rücksichten veranlassen uns zu den beiden Vorschlägen:

14. Die Meisters Wittve sei berechtigt, das Geschäft ihres Mannes fortzusetzen, jedoch soll sie einen Gesellen der Innung als ihren Geschäftsführer an geben, vorausgesetzt, daß er sein Meisterstück macht, wenn er auch das gesetzliche Alter noch nicht erreicht hat. Verläßt er aber die Werkstatt, so soll

er dennoch sein 25. Jahr abwarten müssen, um selbstständiger Meister zu werden.

15. Ein Meistersohn, der das Handwerk seines verstorbenen Vaters zu treiben angefangen hat, soll, wenn er sein Meisterstück bestehen kann, das Geschäft auch vor dem gesetzlichen Alter fortführen können. Ist aber der Meistersohn, nachdem er bereits im Handwerk des verstorbenen Vaters Gesellenrecht erlangt hat, zur Fertigung des Meisterstücks noch nicht fähig, so soll er dennoch durch einen zur Meisterschaft gelangten Geschäftsführer das Geschäft fortsetzen dürfen.

Es sind ferner Klagen darüber laut geworden, daß manche Handwerksmeister mehr als ein Handwerk betreiben oder betreiben lassen. Um diesen Uebelfänden entgegenzutreten und in Zukunft jedem Handwerk sein Brod zu lassen, erbitten wir folgende Verfügung:

16. Es möge hinfort keinem Handwerker gestattet sein, in mehr als Einem Gewerke Meisterschaft zu erlangen. Auch soll er nur Gesellen des Handwerks, in welchem er Meister ist, halten dürfen.

Da die consequente Ausführung dieses Passus bei Maschinenbauanstalten indeß aber nicht möglich ist, so wünschen wir, daß ein besonderes Gesetz, welches die Interessen der Fabriken und Maschinenbauanstalten vertritt, diese Angelegenheit regele. Gewerbe, welche mit einander verwachsen, und deshalb nicht getrennt werden können, wie z. B. das der Mechanik und Optik bleiben selbstredend von dem Wortlaut des oben allegirten Paragraphen ausgeschlossen.

Wir wünschen keinesweges das alte Zunftwesen in dem Sinne wieder in's Leben zu rufen, daß kein Handwerker ein fertiges Stück Arbeit verkaufen dürfe, zu dessen Vollendung er (wie der Tischler bei gepolsterten Möbeln, der Sattler bei Pferdegeschirren u.) einen anderen Handwerker nöthig hat. Es möge vielmehr einem jeden Handwerksmeister unbenommen sein, Meister von anderen Gewerken auf seine Kosten arbeiten zu lassen, vorausgesetzt daß letztere auch wirklich geprüfte Meister, nicht bloß Gesellen, sind.

Weitere Klagen sind noch geführt worden, daß Handwerksmeister Mädchen anlernen und beim Betriebe ihres Geschäfts verwenden, ferner daß Beamte und Militärs vielfach den Handwerker beeinträchtigen, indem sie ebenfalls Handwerke betrieben. Dies ist gesetzlich zwar nicht zulässig und verboten. Das Gesetz wird aber umgangen, indem die Frauen der Genannten das Bürgerrecht erwerben und das Geschäft auf ihren Namen geführt wird. Wir bitten daher:

17. Daß es fortan keinem Handwerksmeister gestattet sei, Mädchen anzulernen und beim Geschäftsbetriebe zu verwenden.
18. Es möge den Frauen besoldeter Staatsdiener nicht mehr gestattet werden, Handwerke oder Handel mit Handwerkszeugnissen zu treiben. Ebenso würde die Wittwe eines Handwerkers das Geschäft des verstorbenen Mannes nicht mehr fortsetzen dürfen, sobald sie sich mit einem Beamten oder Militair verheirathet.

Eine noch hierher gehörige Frage ist die über die Landarbeit. Früher gehörte das Handwerk, mit wenigen Ausnahmen, der Stadt an; das billigere Leben veranlaßte aber Viele, sich auf dem Lande niederzulassen, und da der Absatz auf dem Lande ein zu geringer ist, so werden viele Handwerkszeugnisse in die Städte eingeführt. Es ist wohl nicht zu bestreiten, daß dadurch der städtische Meister vielfach beeinträchtigt wird, weil der Landmeister vor ihm die Vortheile einer geringeren Besteuerung und größerer Wohlfeilheit in Wohnung und Nahrung voraus hat. Es wurde daher mehrfach beantragt, solche Landarbeit von der Stadt auszuschließen; allein es schien uns nicht zweckmäßig, weil eine Controlle darüber unmöglich wäre, und weil wir voraussetzten, daß Schlacht- und Mahlsteuer in kurzer Zeit fallen und eine gleichmäßigere Besteuerung, wie bisher, eingeführt werden würde. Wir bitten demnach um Folgendes:

19. Jeder auf dem Lande sich niederlassende Handwerker hat vor der nächsten städtischen Innung seine Meisterprüfung unter den oben festgesetzten Bedingungen zu machen und dieser Innung beizutreten.

Auch für Lehrlinge und Gesellen auf dem Lande gelten die für städtische festgesetzten Forderungen. Diese Bedingungen vorausgesetzt, mögen Landmeister ihre Arbeit in die Stadt, in welcher sie einer Innung angehören, einführen; doch sind bei Vergebung öffentlicher Arbeiten der städtischen Gemeinde Landmeister nicht zulässig.

Hinsichtlich der Einführung von Arbeiten aus Nachbarstädten aber beantragen wir:

20. Handwerksarbeit aus anderen Städten soll, wenn sie bestellt ist, frei eingehen, nicht bestellt soll sie aber nicht zum Verkauf eingeführt werden. Auch soll in der voraussehtlich zu gründenden Industrie-Halle, betreffs welcher wir weiter unten unsere Wünsche aussprechen, nur den in der Stadt wohnenden Handwerkern und ihren Innungsmitgliedern auf dem Lande das Ausstellungsrecht zustehen.

## 2. Von der Concurrrenz mit dem Handel.

Das strengste Urtheil, nicht bloß beim Handwerkerstande, sondern bei allen anässigen Gewerbetreibenden, ja auch bei der öffentlichen Meinung ist wohl längst über den Hausirhandel gefällt worden. Schlechte, durch das Herumtragen aufs Aeußerste verdorbene Waare, Aufdringlichkeit und moralisches Sinken der vom Hausiren lebenden Personen, kurz der Ruin bürgerlicher und gewerklicher Redlichkeit durch ihn — das Alles kann unmöglich aufgewogen werden, weder durch das Interesse einiger Fabrikanten, die ihre Waare auf anderem Wege nicht loszuwerden wissen, noch durch die Rücksichten auf die Einkünfte, die dieses jämmerliche Gewerbe dem Staatsschatze einträgt. Demnach wenden wir uns gegen diese Landplage mit dem Gesuch:

21. Es möge der Hausirhandel nicht bloß beschränkt, sondern gänzlich abgeschafft werden.

Demnächst erhebt sich Klage dagegen, daß durch die hiesigen Messen manche Handwerker beeinträchtigt werden, und es war von diesen ein Antrag gestellt worden, welcher dahin ging, daß den

Messbesuchern der Detailhandel mit Handwerkerzeugnissen verboten werde. Wir glaubten aber darauf nicht eingehen zu dürfen, indem der Nutzen, welchen ein solches Verbot Einzelnen brächte, nicht den Schaden aufwiegen würde, welcher der Gesamtheit der hiesigen Einwohnerschaft dadurch erwachsen könnte. Dagegen glauben wir aber, der sogenannten kleinen Handwerker uns besonders annehmen zu müssen, deren Umstände nicht gestatten, daß sie sich zum Verkauf ihrer Erzeugnisse Lokalitäten mietten, daher in leichten Buden auf den Wochenmärkten ausstellen. Nach §. 78. der neuen Gewerbeordnung werden Handwerkerzeugnisse vom Wochenmarkts-Verkehr ausgeschlossen, und die Genannten somit sehr benachtheiligt, indem ihnen die Gelegenheit zum Verkauf genommen wird. Wir bitten daher:

22. Daß der betreffende Paragraph der Gewerbeordnung außer Kraft trete, und es den Handwerkern freistehe, ihre Erzeugnisse, wie früher, auf den Wochenmärkten zum Verkauf auszustellen.

Was den Verkauf von Maschinen = Arbeit oder von sonst fabrikmäßig hergestellten Handwerksgegenständen betrifft, erkennen wir vollständig die Unmöglichkeit, den derartigen Betrieb zu verbieten, da uns selbst zur Herstellung unserer Arbeiten vergleichende Fabriken oft unentbehrlich sind. Es greift diese Frage so tief in's Innerste des gesammten Gewerbewesens, und somit in das ungelöste Verhältniß von Kapital und Arbeit hinein, daß wir uns kein entscheidendes Urtheil darüber anmaßen wollen, was hier das Rechte und für das Ganze der Staatswirtschaft Mögliche sei. Dennoch drängt auf diesem Punkte die Noth gerade am fürchterlichsten auf uns ein, und um dieser entgegenzutreten, gestatten wir uns, Folgendes vorzuschlagen:

23. Den Maschinen und dem Kaufhandel möge es unbehindert bleiben, die Stoffe herzustellen und feil zu bieten, welche dem Handwerk als Theile seines Produkts dienen. Es mögen aber zumeist solche Dampfmaschinen beschränkt werden, welche Handwerksarbeit so fertig und vollständig herstellen, daß sie augenblicklich und ohne Vermittlung der Hand zum menschlichen Gebrauche verwendet werden kann.

Sollte aber dies für die freie Gewerbthätigkeit zu einengend erscheinen, so bleibt uns nur die Bitte um Einräumung eines Erwerbs übrig, den wir in den Händen des Kaufmannes und oft des Kleinräumers sehen. Die unbedingte Gewerbefreiheit hat alle Läden mit Fabrikaten angefüllt, welche bei ihrer Schlechtigkeit, trotz ihrer Spottwohlfeilheit, dem laufenden Publikum nur zum Schaden sind, und aber dennoch von unseren soliden Arbeiten die Käufer weglocken. In dem Maße nun, wie diese Fabrikarbeit uns aus dem Proberwerbe ausdrängt, scheint es uns mindestens billig, daß sie uns auch wieder einen Nahrungsweig verleihe. Das einzige Mittel hierfür ist, daß uns der Handel damit überlassen werde, und wir bitten daher um nachstehende Bestimmung:

24. Mit Handwerkszeugnissen oder mit fertigen Fabrikwaaren, die mit Handwerksarbeiten konkurriren, soll der nur Handel treiben dürfen, der diese Gegenstände mit eigener Hand zu verfertigen im Stande ist.

Hieraus folgt, daß es auch keinem Handwerker gestattet werde, Handel mit Waaren zu treiben, die er nicht selbst verfertigen kann. Indessen wird es dem Handwerker überlassen bleiben müssen, solche Sachen führen und verkaufen zu dürfen, die als Einzeltheile seiner Erzeugnisse nothwendig in sein Geschäft schlagen, auch wenn er diese Gegenstände nicht selbst anzufertigen vermag, in welcher Hinsicht wir beispielsweise auf die Plattirarbeiten beim Sattlergeschäft hindeuten.

Wir müssen hier noch erwähnen die Einführung von Handwerkszeugnissen aus dem Ausland, und in Betreff dieser bitten:

25. Daß aus dem Auslande eingehende Handwerkszeugnisse mit einem Eingangszoll von der Höhe belegt werden mögen, daß der Preis unserer Arbeiten mit dem jener in Uebereinstimmung komme.

Mit den vorstehend berührten Fragen hängen viele Beschwerden der Bauhandwerker zusammen. Dieselben fordern, daß sich hinfort zwischen den Bauherren (es sei dieser der Staat, der Magistrat oder ein Privatmann) und die Arbeiter keine ferneren Mittheilspersonen unter dem Namen von Bauunternehmern drängen, um die Herstellung des Ganzen zu besorgen und sich dabei auf

Kosten der von ihnen beschäftigten Handwerker zu bereichern. Grobheit würde diesem Uebelstande, der auch die Solidität der Bauten so sehr schwächt, schon durch den Artikel 5. über die Gesellenarbeit abgeholfen werden. Um aber den Arbeitgeber zu nöthigen, daß er direkt und persönlich die betreffenden Handwerker angehe, beantragen wir:

26. Es möge hinfort Niemand die Herstellung von Handwerksarbeit übernehmen dürfen, der nicht vorher das Meisterrecht des entsprechenden Gewerks erlangt hat. Im Uebertretungsfalle möge der Arbeitnehmer in Strafe genommen werden. Solche Meister aber, welche die Hand bieten, dieses Gesetz zu umgehen, mögen mit zeitweisem Verluste des Handwerksbetriebs bestraft werden.

### 3. Von der Concurrenz durch den Staat.

Wenngleich es uns schmerzlich ist, so können wir doch nicht umhin, unsere Klage auch gegen den Staat und seine bisherige Kleinfütterliche und eigennützige Verwaltung zu wenden. Denn trotz dem wir einen sehr bedeutenden Theil beisteuern müssen zur Erhaltung des Staates und seiner Anstalten, so sehen wir durch jenen und diese viele aus unserer Mitte niedergedrückt; wir meinen durch die Concurrenz des Zucht- und Arbeitshauses mit dem Handwerk.

So klagen z. B. Vergolder, Schneider, Buchbinder, Bürstenmacher und viele andere Handwerker nicht nur, daß die Erzeugnisse ihrer Gewerbe in Strafanstalten angefertigt, sondern auch, daß förmliche Schulen für die Concurrenz aus den Strafanstalten gemacht werden. Der Staat vermag auf diesem Wege, da die Züchtlinge ihre Kost und Kleidung durch ihre Arbeit bezahlen, Preise zu erzielen, die für uns unmöglich bleiben, zumal da viele dieser Arbeiten von der allerschlechtesten Art sind. Es ist schmerzlich, zu sehen, wie arbeitsbedürftigen Familienvätern ihr Verdienst von Verbrechern genommen wird, ja es scheint uns ein entsetzlicher Kreislauf, daß der Staat das Verbrechen benutzt, um dem Redlichen den Boden, auf dem sich seine Existenz gründet, zu nehmen und so das Verbrechen künstlich wieder zu erzeugen.

Wir bitten daher:

27. Daß der Staat in seinen Verbrecher- und Besserungsanstalten hinfort nicht mehr Handwerksgegenstände arbeiten, durch seine Züchtlinge vielmehr solche Arbeiten fertigen lasse, mit denen er nicht in Concurrenz mit dem freien und ehrlichen Handwerker trete. Namentlich möge der Staat seine Zuchtanstalten nicht ferner zu Handwerkschulen benutzen.

Wir kommen jetzt zu etlichen anderen Dingen, durch welche die Staats- und Communal-Behörden uns drücken und die mit jener Concurrenz von Seiten des Staats gewissermaßen verknüpft sind.

Hierher gehört zunächst das Uebergewicht von Arbeit und Erwerb, welches einem einzelnen Handwerker zum Nachtheil seiner Gewerbegenossen pflegt zugetheilt zu werden.

Ferner erwähnen wir in dieser Beziehung bei städtischen und Communalarbeiten sowohl die zum Unterschleif so bequemen Submissionen nach Kostenanschlägen, als auch das Recht der Baubeamten, manche Arbeiten willkürlich an einzelne Meister zu vergeben.

Am stärksten tritt dieser Uebelstand bei der Militäirarbeit hervor. Diese wird dem größten Theile nach durch Handwerks-Compagnien und Commissionen ausgeführt, welche dann dem selbstständigen Meister gegenüber eine gleiche Concurrenz, wie jene Zuchthausarbeiter eröffnen. Anderes ist bestimmten Arbeitern zugewiesen, welche, wie die Regimentsfattler, Rurschmiede und Büchsenmacher, im Solde des Staates stehen, daneben aber eine ausgedehnte städtische Praxis haben.

Wir erkennen, daß allein die Bildung von Innungen diese Uebermacht des Einzelnen brechen kann, haben deshalb im Artikel 8. dies beantragt und erlauben uns in dieser Sache noch folgende Vorschläge:

28. Von dem Augenblicke an, daß Innungen sich bilden werden, sollen Staats- und Communal-Arbeiten nicht mehr nach Willkühr an einen vergeben, sondern den betreffenden Innungen zur Vertheilung überwiesen werden.

29. Staats- und Kommunal-Arbeiten sollen nicht mehr im Wege der Lizitation vergeben werden, auch mögen die bisher üblichen Cautionen abgeschafft, den Meistern, welchen von den Innungen solche Arbeiten übergeben worden sind, vielmehr auf ihr Verlangen Vorschüsse zur Beschaffung des Materials zugestanden werden.
30. Die Kostenanschläge für öffentliche Arbeiten sollen auch in Zukunft von den zum Arbeitgeben Befugten angefertigt werden. Alsdann gehen sie an die betreffenden städtischen Innungen, welche dann das Recht haben, sie anzunehmen oder abzulehnen. Lehnt eine städtische Innung ab, so sollen die betreffenden Innungen der drei nächsten Städte um Schlichtung angegangen werden. Wenn diese zu dreien oder zweien den Kostenanschlag anerkennen, so wird derselbe nochmals der städtischen Innung angeboten. Lehnt diese denselben zum zweitenmal ab, so soll der Arbeitgeber die drei oder zwei außerstädtischen Innungen zur Herstellung der Arbeit nach dem Kostenanschlage nöthigen. Wenn drei oder zwei außerstädtische Innungen den Anschlag verwerfen, so soll nunmehr die städtische Innung einen neuen anfertigen. Verwirft diesen der Arbeitgeber, so tritt das erwähnte Schiedsgericht von neuem in Thätigkeit. Wenn das Schiedsgericht mit drei oder zwei diesen zweiten Anschlag genehmigt, so möge der Arbeitgeber genöthigt sein, die Arbeit nach ihm von der städtischen Innung anfertigen zu lassen.
31. Die Handwerks-Kompagnieen und Commissionen mögen aufgehoben, besondere Regimentshandwerker auf Reparatur und Gebrauch im Felde beschränkt, alle Neuarbeit aber unter die bürgerlichen Handwerker vertheilt werden.

## Zweite Abtheilung.

### Vorschläge zur Besserung des Handwerkerstandes in Bezug auf Schulden, auf Streitigkeiten und auf eigentliche Geldunterstützungen durch den Staat.

Nachdem wir im Vorstehenden die Concurrenzfragen, welche den eigentlichen Verberb unseres Standes berühren, abgehandelt haben, bleiben uns noch einige anderweitige Lücken übrig.

Unter die ärgsten Uebelstände, in welche das jetzige Creditwesen uns gestürzt hat, gehört die mehr und mehr überhand nehmende Unsitte, die Rechnungen der Handwerker unglaublich lange unbezahlt zu lassen, wobei uns die zweijährige Verjährungsfrist sehr unangenehm entgegentritt, da wir, um ganz sicher zu gehen, vor Ablauf derselben klagbar werden müssen gegen Kunden, welche wir für gut halten, die aber, wer kennt die Ursachen, in der gesetzlichen Zeit nicht Zahlung geleistet haben, aber fort und fort arbeiten ließen. Am härtesten trifft uns der Schlag, wenn sich an die lange Zahlungszögerung endlich der Bankerott des Kunden anschließt.

Wir sehen ein, daß wir uns hierin zum Theil selbst helfen können, und hoffen, daß das aus unserer Mitte zu bildende Schiedsgericht mit glücklichem Erfolge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer werde vermitteln können, für die Fälle aber, in denen wir uns nicht durch uns selbst helfen können, bitten wir:

32. Daß die zweijährige Verjährungsfrist aufgehoben und eine längere gesetzt werde.

33. Daß die Gesetzgebung bei Bankerotten den Handwerkerrechnungen, insofern sie sich auf den Hausstand des Falliten beziehen, einen Schutz bewilligen möge, in der Art, daß diese, gleich der der Gesindelöhnung, allen übrigen Forderungen voranstehen.

Nächst dem müssen wir oft erleben, daß von Beamten keine Zahlung für geleistete Arbeit zu erhalten ist, ja daß es unter diesen solche gibt, welche auf ihr Amt hin nicht zahlen. Beim Verklagen dieser heißt es dann, das Gehalt des Verklagten habe nicht die Höhe, um Abzüge zuzulassen, oder aber, erleide schon so viel Abzüge, als gesetzlich stattfinden dürfen, zum Personalarrest kann

Schuldner als Beamter aber nicht gebracht werden. Wir sind also gefesselt betrogen. Wir bitten daher:

34. Daß gesetzlich schützende Bestimmungen für den Handwerker getroffen werden, dem Beamten als Schuldner gegenüber.

Alsdann erhebt sich die Klage, daß es dem Handwerker nicht zusteht, bei solchen Leuten, welche darauf ausgehen, ihn um seinen wohlverdienten Lohn zu betrügen, wenigstens die gefertigte Arbeit zurückzunehmen, um doch etwas zu haben, was ihn für seine Arbeit, seine Auslagen entschädigt. Wir bitten daher weiter:

35. Daß gesetzliche Bestimmungen festgestellt werden, welche dem Handwerker das Recht geben, sich bei böswilligen Schuldnern wenigstens an den, von ihm gefertigten Arbeiten zu pfänden.

Es zeigt sich ferner als ein dringendes Bedürfnis, daß der Handwerkerstand aller Orten ein möglichst wohlfeiles Schiedsgericht sich erschaffe, welches (nach dem Grundsatz der Handels-Gerichte) aus seiner eigenen Mitte gebildet sei. Sein Zweck würde sein, sowohl Streitigkeiten zwischen Handwerkern und Kunden, als auch zwischen den Innungen unter sich, zwischen Meistern und deren Gesellen und Lehrlingen zu schlichten. Auch werden von diesem Gericht die Prüfungs-Ausschüsse zu ernennen sein, vor denen die Gesellen- und Meisterprüfungen zu machen sind. Wir sind zur Bildung eines solchen Gerichts bereit, und hegen die Meinung, daß bei Entscheidungen, die sich auf Gesellen beziehen, auch solche als Beisitzer des Gerichts heranzuziehen sind. Wir hoffen:

36. Daß die Regierung einem solchen volksthümlichen Schiedsgericht begünstigend entgegenkommen werde.

An den Schluß unserer Petition stellen wir noch eine Bitte, von deren Erfüllung wir für unseren Stand großen Segen erwarten.

Mit nicht geringem Schmerze sehen wir jährlich bedeutende Summen nach der uns so nahe liegenden Residenzstadt wandern für Gewerbszeugnisse jeder Art, die hierorts ebenso gut gefertigt und geliefert werden können, wie irgendwo, was einzig und allein seinen Grund hat in dem Vorurtheil, es sei hierorts entweder nicht zu haben, oder was da sei, sei schlecht und theuer. Dieses

Vorurtheil, welches tiefe Wurzeln in dem hiesigen nicht gewerbetreibenden Publikum gefaßt hat, wird durch die Lokalitäten eines *Reßorts*, wie unsere Stadt ist, auf das Entschiedenste begünstigt. Der größte Theil der hiesigen Handwerker wohnt in den abgelegenen Straßen der Stadt, weil die Lokale in den frequenteren Theilen nur Meßgewölbe, und ihm für den enorm hohen Preis unzugänglich sind. Ist es auch einzelnen, jedoch nur wenigen Begüterten möglich, sich durch schweres Geld solche, in die Augen fallende Läden zu beschaffen, so bemüht sich doch der ärmere Handwerker umsonst, den vornehmen Käufer in seine ärmliche, abgelegene Wohnung einzuladen. Umsonst ist sein mühevollcs Bestreben die neuesten und geschmackvollsten Gegenstände anzufertigen, denn von dem oben erwähnten Vorurtheile geleitet, schent der Käufer die Mühe des Suchens und verträgt uns oft, ohne daß er es eigentlich will, das Geld. Es wird für viele, und gerade für die Gewerke, welche die feinsten Arbeiten liefern, erst dann möglich werden mit den, auf großen Kapitalbesitz gegründeten Magazinen zu wetteifern, wenn auch sie die schönsten und gediegensten Arbeiten verschiedener Meister zusammenstellen und fertig zum Verkauf ausbieten können. Wird so dem Produkt ein Markt eröffnet, den schon die Neugier stark besuchen würde, so muß auf ihm die wahre Tüchtigkeit bald den Sieg erringen, das Vorurtheil wird schwinden und die auswärtige Concurrenz uns keinen Abbruch thun.

Erkennen wir einerseits dankbar an, wie der Staat für alle Lebensstellungen durch seine Geldmittel Sorge trägt, so beklagen wir andererseits um so bitterer die Nichtbeachtung unseres Standes, für den so sehr wenig von Staatswegen gethan wird. Schulen, Universitäten, Akademien, Wasserstraßen und ähnliche Verkehrsmittel für den Kaufmann werden auf Staatskosten gebaut und unterhalten. Die Armuth erfreut sich seiner milden Stiftungen; nur der Handwerksstand besitzt keine öffentliche Gebäude oder Anstalten, in denen er seine Angelegenheiten in würdiger Umgebung berathen, vor Allem aber seine Arbeiten zum Verkauf in das günstige Licht stellen kann. Ist je ein Ort so bedürftig, ein solches Institut verwirklicht zu sehen, so ist es aus oben erwähnten Gründen unser Frankfurt. Bei unserem gegenwärtigen Loose sind wir aber außer Stande uns selbst zu helfen und diese Wünsche zu einer Wahrheit zu machen; wir bitten daher:

37. Der Staat möge in unserer Stadt auf seine Kosten eine sogenannte Industriehalle, als beständiger Markt einheimischer Handwerkszeugnisse, aufbauen, welche dann zugleich den Berathungs- und Gerichtssaal für die Gesammtheit der hier zu gründenden Innungen enthält. Ein aus unserer Mitte zu wählender Ausschuss würde über den Werth und die Aufnahme der angebotenen Verkaufsgegenstände bestimmen, und so auch dem Käufer Sicherheit für die Solidität bieten.

Wir glauben in dem Vorstehenden die Mängel, welche unseren Stand bedrücken, umfassend an's Licht gezogen und die Mittel zu deren Abhülfe bezeichnet zu haben. Wir sind entschlossen, nach unseren besten Kräften selbst mitzuwirken, daß ein neues, zeitgemäßes Gewerbegesetz zu einem Segen für unseren Stand werde, daß da, wo jetzt Noth und Armuth zu Hause ist, Wohlstand und Glück seinen Sitz aufschlage. Möge das Wort der Handwerker eine gute Stätte finden bei den Männern, die vom Geschick berufen sind, für das Wohl des ganzen Volkes zu wirken.

Frankfurt a. D., im August 1848.

Mit Ehrerbietung

Die selbstständigen Handwerker der Stadt  
Frankfurt a. D.

(Folgen 612 Unterschriften aus 42 Gewerken.)

18 DE 50